

**Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)
Siegen**

**Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts**

zum: 31. Dezember 2021

INHALTSVERZEICHNIS

A. Prüfungsauftrag	3
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung	5
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	7
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
2. Jahresabschluss	11
3. Lagebericht	12
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	13
E. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG	14
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	15

A. Prüfungsauftrag

Aufgrund unserer Wahl zum Abschlussprüfer durch den Betriebsausschuss erteilte uns der

**Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi),
Siegen,**

- im Folgenden auch kurz "ESi" oder "Betrieb" genannt -

den Auftrag, den Jahresabschluss des ESi für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2021 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für dieses Wirtschaftsjahr zu prüfen.

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Sinne von § 107 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) geführt. Der Betrieb ist in entsprechender Anwendung der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) verpflichtet, einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen, prüfen zu lassen und dem Rat der Stadt Siegen zur Feststellung vorzulegen. Die Prüfungspflicht gründet sich auf § 103 GO NRW.

Gemäß § 103 Abs. 3 GO NRW hatte sich unsere Prüfung auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte im Sinne von § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) zu erstrecken.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F.) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. bis E. im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss - bestehend aus der Bilanz (**Anlage 3**), der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 4**) und dem Anhang (**Anlage 5**) - sowie den geprüften Lagebericht (**Anlage 6**) beigefügt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als **Anlage 8** beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017" zugrunde.

B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung Stellung.

Die Betriebsleitung hat insbesondere im Lagebericht (**Anlage 6**) und daneben im Jahresabschluss (**Anlagen 3 - 4**) und im Anhang (**Anlage 5**) die **wirtschaftliche Lage des Betriebes** beurteilt. Folgende Kernaussagen der Betriebsleitung sind hervorzuheben:

- (a) Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht. Durch die Bildung von Gebührenausgleichsverbindlichkeiten ist dem Rechnung getragen. Mehrerlöse und Kosteneinsparungen fließen den Gebührenzahlern durch die Gebührenaussgleiche in späteren Jahren wieder zu.
- (b) Die Betriebsleitung sieht die Erwartungen an den Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2021 übererfüllt. Es wurde ein über dem Planergebnis von TEUR 1.200 liegender Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.552 (Vorjahr: TEUR 1.474) erwirtschaftet.
- (c) Es wurden TEUR 14.484 für Investitionen aufgewendet. Die Abweichung zur geplanten Investitionssumme von TEUR 19.157 ist im Wesentlichen durch geringere Investitionen im Kanalbereich bedingt.
- (d) Die Nettokreditaufnahme bei Kreditinstituten (abzüglich Tilgungen) fiel im Wirtschaftsjahr mit TEUR 6.153 statt der geplanten TEUR 7.174 entsprechend niedriger aus.
- (e) Die Liquidität des Betriebes war zu jeder Zeit ausreichend. Zum Ausgleich von Liquiditätslücken wurden Kassenkredite beschafft.
- (f) Für die zukünftige Entwicklung des Betriebes sieht die Betriebsleitung Chancen in ausreichenden regelmäßigen Investitionen in das Kanalnetz und in die Kläranlagen sowie in vorausschauender Unterhaltung der Anlagen, um eine dauerhaft niedrige Abwasserabgabe und die Vermeidung von größeren Einmalinvestitionen zu erreichen. Als Risiko werden hauptsächlich neue gesetzliche Vorgaben eingestuft, die kurzfristige Investitionen erfordern können.

- (g) Das bis 2026 geplante jährliche Investitionsvolumen liegt zwischen EUR 13,5 Mio. und EUR 22,3 Mio. Es soll - wie bisher - weitgehend durch Darlehen finanziert werden.
- (h) Für die folgenden Wirtschaftsjahre sind weiterhin positive Jahresergebnisse geplant; für das Wirtschaftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von TEUR 1.544.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Betriebes einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die **Buchführung**, der nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB), den rechtsformspezifischen Vorschriften der EigVO NRW, den weiteren landesspezifischen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung aufgestellte **Jahresabschluss** für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2021, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und der **Lagebericht** für das Wirtschaftsjahr 2021.

Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Betriebes.

Unsere Aufgabe war es, die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Betriebes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Unsere Jahresabschlussprüfung war auftragsgemäß gemäß **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** erweitert. Wir haben hierzu den vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet.

Unsere Prüfung hatte sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Betriebes oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB). Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war ebenfalls nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Unsere **Prüfung** haben wir im Juni 2022 im Verwaltungsgebäude des Betriebes und in unserem Büro durchgeführt.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 20. Juli 2021 versehene **Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2020**.

Die GPA NRW hatte unseren Bestätigungsvermerk am 19. November 2021 vollinhaltlich und ohne Ergänzungen übernommen.

Bei **Durchführung der Prüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB, § 103 GO NRW und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes wesentlich auswirken, erkennen konnten.

Gegenstand unseres Auftrags waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden.

Die gesetzlichen Vertreter des Betriebes sind für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich; die Überwachung obliegt dem Betriebsausschuss und dem Rat der Stadt Siegen, die dabei auch das Risiko der Umgehung von Kontrollmaßnahmen berücksichtigen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Betriebes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Auf Basis der von uns festgestellten und beurteilten Fehlriskiken haben wir ein Risikoprofil für die Angaben in der Rechnungslegung erstellt. Zu diesem Zweck haben wir Prüfungshandlungen zur Risiko-beurteilung durchgeführt und uns zunächst ein Verständnis vom Betrieb und dessen rechtlichen und wirtschaftlichen Umfeld verschafft, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Unter Berücksichtigung des Risikoprofils haben wir, soweit wir es für erforderlich hielten, Funktionsprüfungen zur Wirksamkeit des auf die Rechnungslegung bezogenen internen Kontrollsystems sowie aussagebezogene Prüfungshandlungen in Form von analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen durchgeführt.

Aufgrund der bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereiche haben wir folgende **Prüfungsschwerpunkte** gesetzt:

- periodengerechte Erfassung der Umsatzerlöse,
- Kreditwesen/Finanzwirtschaft einschließlich Bilanzierung derivativer Finanzgeschäfte,
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen,
- Bewertung der Gebührenausschleichsverpflichtungen,
- Ansatz und Bewertung des Anlagevermögens.

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der **Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet. Die Kenntnisse über die Betriebstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Betriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler wurden berücksichtigt. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur **Prüfung des Nachweises** der Vermögens- und Schuldposten des Betriebes haben wir u. a. Liefer- und Leistungsverträge, Darlehensverträge und Eingangsrechnungen, Bestandsverzeichnisse sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen. Bankbestätigungen und Rechtsanwaltsbestätigungen wurden vollständig und Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten in bewusst ausgewählten Stichproben eingeholt.

An der Inventur der Vorräte haben wir im Hinblick auf die Geringfügigkeit der Bestände nicht teilgenommen. Die Bestände wurden uns durch geeignete Aufzeichnungen nachgewiesen.

Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen haben uns versicherungsmathematische Berechnungen der Heubeck AG für die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe, Münster, vorgelegen, deren Ergebnisse wir verwerten konnten.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten.

Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Betriebsleitung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Betriebsleitung in der berufsüblichen **Vollständigkeitserklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Betriebes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (**Finanz- und Anlagenbuchhaltung**) des Betriebes erfolgt unter Verwendung des Programms Rechnungswesen kommunal pro der DATEV eG, Nürnberg.

Das vom Betrieb im Rahmen der Buchführung eingerichtete rechnungslegungsbezogene **interne Kontrollsystem (IKS)** sieht dem Betriebszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die **Organisation der Buchführung**, das rechnungslegungsbezogene IKS und der Datenfluss ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der **Kontenplan** ist ausreichend gegliedert, das **Belegwesen** ist klar und übersichtlich geordnet.

Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der (von uns geprüften) Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen des Betriebes angemessen.

Die Informationen, die aus den **weiteren geprüften Unterlagen** entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - wurde gemäß §§ 21 bis 24 EigVO NRW i. V. m. den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage hat der Betrieb das Gliederungsschema nach § 266 HGB zulässigerweise und stetig um folgende Posten erweitert:

- Unter den Immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden geleistete "Baukostenzuschüsse" und "Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau" gesondert aufgeführt.
- Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Siegen / anderen Eigenbetrieben, gegenüber der städtischen Eigengesellschaft Siegener Versorgungsbetrieb GmbH (SVB), gegenüber dem Tochterunternehmen ESi GmbH sowie gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen werden jeweils gesondert ausgewiesen.
- Im Eigenkapital sind die Rücklagen kommunalspezifisch weiter untergliedert in "Allgemeine Rücklage" und "Zweckgebundene Rücklagen". "Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter" werden daneben in einem gesonderten Posten dargestellt.
- Nach dem Eigenkapital ist ein Sonderposten für die empfangenen Investitionszuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens eingefügt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung.

3. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB. Er steht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang. Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebes. Nach unserer Auffassung sind im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht die vorgeschriebenen Angaben enthält und die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als **Gesamtaussage des Jahresabschlusses** - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes vermittelt.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

In dem Jahresabschluss der ESi wurden folgende **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** zugrundegelegt:

- Es erfolgten lineare Abschreibungen über die geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, sofern deren Nutzung zeitlich begrenzt ist.
- Empfangene Zuschüsse für Investitionen in das Anlagevermögen wurden in einem Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert und über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögens ertragswirksam aufgelöst. Die Auflösungserträge für Kanalanschlussbeiträge wurden in Posten "Umsatzerlöse" ausgewiesen. Für die anderen Zuschüsse erfolgte der Ausweis der Auflösungserträge im Posten "sonstige betriebliche Erträge".
- Der Posten "Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen" beinhaltet dienstzeitanteilig dem Betrieb zugeordnete Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber Beamten und Pensionären. Sie wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW nach der Teilwertmethode unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 5 % bewertet. Mit der Stadt Siegen wurde am 14. Juli 2017 eine Freistellung des ESi von der Verpflichtung zur Zahlung von Beihilfen an Pensionäre vereinbart. Die Inanspruchnahme der Beihilfen-Rückstellungen des ESi erfolgt im Zeitpunkt der Pensionierung durch eine einmalige Ausgleichszahlung an die Stadt.
- Alle zum 31. Dezember 2021 bestehenden Zinsswapverträge wurden mit variabel verzinslichen Darlehen gegenüber Kreditinstituten zu Bewertungseinheiten im Sinne von § 254 HGB zusammengefasst. Die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts werden im Jahresabschluss durch Anwendung der „Einfrierungsmethode“ nicht ausgewiesen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden **unverändert** zum Vorjahr angewendet.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (**Anlage 5**).

E. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir gemäß § 103 Abs. 3 GO NRW die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handels- und landesrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung, geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht in Abschnitt B. (Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung) und in Anlage 2 (Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Vorjahresbeanstandungen waren nicht zu berücksichtigen.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 (**Anlagen 3 bis 5**) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021 (**Anlage 6**) des Entsorgungsbetriebes der Stadt Siegen (ESi) unter dem Datum vom 20. Juli 2022 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Entsorgungsbetriebes der Stadt Siegen (ESi), Siegen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Entsorgungsbetriebes der Stadt Siegen (ESi) für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Betriebs zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht § 25 EigVO NRW i.V.m. § 289 HGB und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Betrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Betriebsausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften EigVO NRW i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Betriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, dem § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Betriebsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Betriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, dem § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Betriebs abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Betriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Betrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Betriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F.).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in fremde Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Auf § 328 HGB wird verwiesen.

Siegen, 20. Juli 2022



8P Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dipl.-Kfm. U. Koch
Vereidigter Buchprüfer


Dipl.-Bw. M. Künzel
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Anlagen:

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	1
Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720)	2
Bilanz zum 31. Dezember 2021	3
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2021	4
Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2021	5
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021	6
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017	7

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Name:	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi).
Sitz:	Siegen.
Rechtsform, Aufgaben:	<p>Eigenbetriebsähnliche Einrichtung (gemäß § 107 Abs. 2 GO NRW) der Stadt Siegen für die Abwasserbeseitigung und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben.</p> <p>Der Betrieb wurde zum 1. Januar 1997 durch Ausgliederung des Amtes für Stadtentwässerung und Wasserbau aus dem allgemeinen städtischen Haushalt gebildet.</p> <p>Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht.</p>
Wesentliche Satzungen:	<ul style="list-style-type: none">• Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 7. März 1997 in der Fassung der 4. Änderungssatzung gemäß Ratsbeschluss vom 19. Juni 2019 gilt seit dem 01. Januar 2020 unverändert.• Im Berichtsjahr galt die Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen vom 21. Dezember 2016 (Abwassersatzung). Zum 01. Januar 2022 trat die am 24. November 2021 beschlossene Neufassung der Abwassersatzung in Kraft.• Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren vom 13. Dezember 2013 (Gebührensatzung) galt im Berichtsjahr in der Fassung der 6. Änderungssatzung vom 15. Dezember 2020. Zum 01. Januar 2022 trat die am 24. November 2021 beschlossene Neufassung der Gebührensatzung in Kraft.

- Allgemeine Regelungen der Stadt:
- Hauptsatzung der Stadt Siegen.
 - Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Siegen und seine Ausschüsse.
 - Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates.
 - Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Siegen.
 - Richtlinien der Stadtverwaltung Siegen zur Verhinderung von Manipulation und Korruption.
 - Dienstanweisung der Stadt Siegen über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen.
 - Dienstanweisung zum Datenschutz in der Stadtverwaltung Siegen.

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr.

Stammkapital: EUR 2.000.000,00
(gemäß § 11 der Betriebssatzung).

Rat der Stadt Siegen: Oberstes Organ des Betriebes.

Zuständigkeit gemäß GO NRW, § 4 EigVO NRW und § 5 der Betriebssatzung.

Bürgermeister der Stadt Siegen: Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Mitarbeiter des Betriebes.

Betriebsausschuss: Zuständigkeit gemäß § 5 EigVO NRW und § 4 der Betriebssatzung.

Bestehend aus 13 Mitgliedern, die im Anhang namentlich benannt werden.

Wichtige Beschlüsse:

Der Betriebsausschuss hat der Betriebsleitung mit Beschluss vom 10. September 2021 für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Mit Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 22. September 2021 wurde

- der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2020 festgestellt,
- der Jahresüberschuss 2020 in Höhe von EUR 1.473.808,66 zu EUR 73.808,66 auf neue Rechnung vorgetragen und EUR 1.400.000,00 in eine zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung eingestellt,
- dem Betriebsausschuss für das Wirtschaftsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Am 24. November 2021 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen

- den Wirtschaftsplan 2022,
- die Gebührenkalkulation 2022
- die Neufassung der Gebührensatzung sowie
- die Neufassung der Abwassersatzung

beschlossen.

Wirtschaftsplan:

Der Wirtschaftsplan besteht gemäß §§ 14 - 18 EigVO NRW aus Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung.

Die Abweichungen zwischen den für das Berichtsjahr geplanten und den getätigten Investitionen sowie dem Erfolgsplan und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr werden im Lagebericht (Anlage 6) im Abschnitt "Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage" dargestellt.

Der **Wirtschaftsplan 2022** sieht im Erfolgsplan einen Jahresüberschuss von TEUR 1.544 vor. Investitionen sind für das Jahr 2022 mit TEUR 22.302 veranschlagt. Die Finanzierung soll im Wesentlichen mittels Kreditaufnahmen und aus Mittelzuflüssen der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen. Neben der Vereinnahmung von Zuschüssen in Höhe von TEUR 100 ist eine Nettokreditaufnahme bei Banken in Höhe von TEUR 9.674 geplant.

Die **Gebührensätze** wurden mit Wirkung ab 2022 angepasst:

- Schmutzwassergebühr: EUR/m³ 2,20 (bisher: 2,10)
- Niederschlagswassergebühr: EUR/m² 0,84 (bisher: 0,88)

Betriebsleitung/Vertretung:

Gemäß § 9 Abs. 1 der Betriebssatzung wird die Stadt Siegen unbeschadet der anderen Organen zustehende Entscheidungsbefugnisse in den Angelegenheiten des Betriebes durch die Betriebsleitung vertreten.

Technischer Betriebsleiter ist Herr Stephan Roth.

Kaufmännischer Betriebsleiter ist Herr Christof Quandel.

Stellvertreter der Betriebsleiter ist Herr Daniel Scheidt.

Abwasserverband

Siegen-Kirchen:

Wasser- und Bodenverband gemäß des Wasserverbandsgesetzes (Körperschaft des öffentlichen Rechts) der Stadt Siegen und der Verbandsgemeinde Kirchen mit Sitz in Siegen, 1972 gegründet.

Verbandsgegenstand:

Insbesondere Reinigung der Abwässer aus dem Verbandsgebiet einschließlich Zuleitung der Abwässer zu der Verbandskläranlage Büdenholz, wobei die Abwassersammlung Aufgabe der Verbandsmitglieder ist.

Mitglieder und Verbandsgebiet:

- Stadt Siegen hinsichtlich Eiserfeld, Eisern, Niederschelden, Gosenbach und Oberschelden (rd. 22.000 angeschlossene Einwohnerwerte),
- Verbandsgemeinde Kirchen hinsichtlich Niederschelderhütte, Birken, Mudersbach und Brachbach (rd. 16.000 angeschlossene Einwohnerwerte).

Verbandssatzung vom 18. September 2007, in Kraft getreten zum 1. Januar 2008.

Geschäftsführung: Gemäß § 20 der Verbandssatzung in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der ESi-Betriebssatzung obliegt ESi die kaufmännische und technische Geschäftsführung des Abwasserverbandes.

Verbandsfinanzierung: Vollständig im Umlageverfahren.

Wichtige Verträge:

Vertrag der Stadt Siegen mit der Siegenger Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) vom 28. Dezember 1987 über die **Erhebung und den Einzug der Schmutzwassergebühren** im Namen und auf Rechnung der Stadt Siegen. Mit Änderungsvereinbarung vom 11. Juli 2017 wurde eine am Verbraucherpreisindex orientierte jährliche Vergütungsfortschreibung vereinbart.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein vom 14./15. Dezember 1995 über die **Mitbehandlung des Sickerwassers aus der Abfalldéponie Fludersbach** in der Kläranlage Siegen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Freudenberg, neu gefasst am 14. Juni 2016, über die **Ableitung und Reinigung von Abwässern aus den Freudenger Stadtteilen Alchen, Bühl, Nieder- und Oberholzklau** durch das Kanalnetz der Stadt Siegen bzw. in der Kläranlage Siegen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die **Abwasserbeseitigung des Stadtteils Netphen-Dreis-Tiefenbach** mit der Stadt Netphen vom 10./17. November 2003 .

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Mitbenutzung der Kläranlage der Stadt Kreuztal für Abwässer aus den Siegenger Stadtteilen Niedersetzen und Obersetzen mit der Stadt Kreuztal vom 2./28. April 1971 (2. Änderungsvereinbarung vom 13. Oktober/3. November 1989).

Die **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Abwasserbeseitigung** mit der Stadt Kreuztal vom 01. Dezember 2021 trat am 01. Januar 2022 in Kraft und hat eine Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2027. Geregelt ist

a) eine Mitbenutzung der Kläranlage Buschhütten der Stadt Kreuztal für Abwässer aus den Siegenger Stadtteilen Niedersetzen und Obersetzen und

b) eine Übernahme der in den Kreuztaler Klärwerken anfallenden Klärschlämme durch ESi zur weiteren Entwässerung.

Nach der Mindestlaufzeit verlängert sich die Vereinbarung um jeweils 5 Jahre. Die Kündigungsfrist beträgt 5 Jahre für a) und 1 Jahr für b) zum jeweiligen Laufzeitende.

Die vorgenannte Vereinbarung wird ergänzt durch eine **Ausführungsvereinbarung** dem 25. November 2021, in der die Einzelheiten gesondert geregelt sind.

Vertrag mit der Fa. Knettenbrech + Gurdulic Mittelhessen GmbH, Solms, vom 11.05.2020 über die **Reststoffentsorgung aus Kläranlagen und Kanalbetrieb** für den Zeitraum vom 01. Januar 2020 bis 30. Juni 2022.

Erdgaslieferungsvertrag mit der Stadtwerke Gießen AG; neu vergeben im Dezember 2019 für den Zeitraum 2020 bis 2022.

Stromlieferungsvertrag mit der Stadtwerke Solingen GmbH; neu vergeben im Dezember 2019 für den Zeitraum 2020 bis 2021; verlängert im Dezember 2021 für das Jahr 2022.

Abwasserbeseitigungskonzept:

Nach § 53 LWG NRW besteht die Verpflichtung zur Aufstellung eines ABK, zu seiner Vorlage bei der oberen Wasserbehörde und zu seiner Umsetzung in Abstimmung mit dieser.

Jeweils im Abstand von sechs Jahren ist das ABK erneut vorzulegen (Fortschreibung). Die 7. Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2023 wurde vom Rat der Stadt Siegen am 20. Dezember 2017 beschlossen.

Steuerliche Verhältnisse:

Der Betrieb unterliegt mit seiner Haupttätigkeit keiner Steuerpflicht, da die Abwasserbeseitigung nach derzeitiger Rechtslage keinen Betrieb gewerblicher Art darstellt, sondern aufgrund ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgabenstellung ein Hoheitsbetrieb (insbesondere auf den Gebieten des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) ist.

Satzungsmäßige Entgelte:

Kanalbenutzungsgebühren

Seit dem 1. Januar 2021 galten folgende Gebührensätze:

EUR 2,10 je m³ Schmutzwasser,

EUR 0,88 je m² bebauter/befestigter Fläche.

Kanalanschlussbeitrag

EUR 2,50 je m² Veranlagungsfläche

(davon 60 % bei einem Anschluss nur für Schmutzwasser und 40 % bei einem Anschluss nur für Niederschlagswasser).

Gebühr für die Entleerung von Kleinkläranlagen

Seit 1. Januar 2020 EUR 71,31 je m³ abgefahrenen Klärschlamms.

Kostenersatz für Anschlusskanäle

Abrechnung des Aufwands für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und Unterhaltung auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten.

Betriebsanlagen:

Eine Übersicht über die wichtigsten Betriebsanlagen enthält der Anhang (Anlage 5).

FRAGENKATALOG ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGrG (IDW PS 720)

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Entsprechende Regelungen sind in der Betriebssatzung, im Organisationsplan und in der "Konzeption des Finanzmanagements im ESi" (vgl. Fragenkreis 5) enthalten und stellen in Bezug auf die Betriebsgröße ein Mindestmaß dar.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr 2021 haben vier Sitzungen des Betriebsausschusses stattgefunden. Die Sitzungsniederschriften haben wir eingesehen und zu den Akten genommen.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Betriebsleiter sind angabegemäß in keinem Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Ja. Die Gesamtbezüge jedes Betriebsleiters werden im Anhang angegeben. Es handelt sich um fest vereinbarte Bezüge, so dass eine Aufteilung nach den genannten Komponenten nicht erforderlich war.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses haben vom Betrieb Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen gemäß Entschädigungsverordnung erhalten. Die Gesamtbeträge werden je Mitglied bzw. stellvertretendem Mitglied im Anhang angegeben.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind, wird danach verfahren und erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ja. Der Betrieb hat seinen Organisationsplan zuletzt an die zum 1. Januar 2020 geänderte Satzung angepasst.

Der kaufmännische Betriebsleiter ist für den Bereich Finanz- und Rechnungswesen sowie für den Bereich Verwaltung und Bürgerservice zuständig.

Der technische Betriebsleiter ist für die Bereiche Kanalbetrieb, Kläranlagen, Planung und Bauleitung zuständig.

Der Organisationsplan wird bei Bedarf aktualisiert.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung ergaben sich keine Hinweise auf eine Nichtbeachtung des Organisationsplans.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Allgemein gelten für den Betrieb die kommunalrechtlich vorgegebenen Regelungen/Vorkehrungen und die speziellen Bestimmungen der Stadt Siegen zur Korruptionsprävention.

Neben dem Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG) des Landes NRW vom 16. Dezember 2004 und dem hierzu - für den kommunalen Bereich mit Anwendungsempfehlung - ergangenen Runderlass des Innenministeriums vom 26. April 2005 sind hier insbesondere der Runderlass "Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung" des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 20. August 2014 sowie die "Dienstweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen" der Stadt Siegen zu nennen.

Gemäß Organisationsverfügung des Bürgermeisters vom 2. November 2006 besteht seit 1. Dezember 2006 bei ESi eine Sondervergabestelle "für alle förmlichen sowie die nicht-förmlichen (freihändigen) Vergaben aus dem Zuständigkeitsbereich des Entsorgungsbetriebes" unter der unmittelbaren Dienst- und Fachaufsicht der Betriebsleitung, so dass seit diesem Zeitpunkt die bei der Stadt Siegen eingerichtete "Zentrale Vergabestelle" nicht für den Betrieb zuständig ist.

Die Betriebsleitung sieht ein reduziertes Risiko für Korruption bei ESi auch durch folgende Maßnahmen:

Die Sondervergabestelle ist dem kaufmännischen Betriebsleiter unterstellt. Dies sichert eine gewisse Unabhängigkeit; denn die Vergaben betreffen weitestgehend den technischen Bereich.

Bei 90% der Aufträge sind Ingenieurbüros als unabhängige Dritte mit der Rechnungsprüfung betraut.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es bestehen für den Betrieb allgemeine kommunale und branchenmäßige Verordnungen und Vorgaben sowie Dienstanweisungen der Stadt Siegen im obigen Sinne.

Zu Vergaben vergleiche Antwort c).

Für das Personalwesen ist das Tarifvertragsrecht des öffentlichen Dienstes und das Beamtenrecht anzuwenden, wobei die Personalverwaltung im Wesentlichen zentral von der Stadt Siegen durchgeführt wird, die sich für die Lohn- und Gehaltsabrechnungen des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe in Lemgo bedient.

Des Weiteren ist auf die Vorgaben des Wirtschaftsplanes und durch Rats- und Betriebsausschussbeschlüsse zu verweisen.

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte auf abweichende Verfahrensweisen ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verwaltung und Aufbewahrung der Verträge erfolgt nach den üblichkeiten in der Kommunalverwaltung. Darüber hinaus wird derzeit ein elektronisches Dokumenten-Managementsystem aufgebaut, in dem alle Verträge abgelegt sind und eine automatische Fristen- und Zahlungsüberwachung erfolgt.

Für jedes an die Kanalisation angeschlossene Grundstück wird beim Betrieb eine separate Akte geführt.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Ja. Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Betriebes. Es werden jährlich Wirtschaftspläne samt mittelfristiger Investitions- und Finanzplanung gemäß §§ 14 - 18 EigVO NRW erstellt. Des Weiteren erfolgt eine wöchentliche Liquiditätsplanung sowie eine jährliche Gebührenbedarfsberechnung. Ein aktuelles Abwasserbeseitigungskonzept gemäß § 53 LWG NRW liegt vor. Die sachlichen und zeitlichen Zusammenhänge von Projekten sind bei den Investitionsplanungen erkennbar.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Ja. Es erfolgt eine laufende Projektüberwachung bei Baumaßnahmen. In den Quartalsberichten und im jährlichen Lagebericht werden die Planabweichungen dargestellt und deren Ursachen erläutert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Ja. Es liegt eine DATEV-Finanzbuchhaltung mit integrierter Kostenstellenrechnung und Anlagenbuchhaltung vor. Die einzelnen Zweige des Rechnungswesens entsprechen der Größe und den besonderen Anforderungen des Betriebes.

Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG NRW erfolgt jährlich eine Gebühreennachkalkulation. Die betriebswirtschaftlich ansatzfähigen Kosten werden dazu strukturiert den Gebührenarten zugerechnet. Die dabei festgestellten Kostenüberdeckungen durch Gebühren werden periodengerecht zu Lasten der Gebührenerträge des Wirtschaftsjahres (Umsatzerlöse) verbucht und in der Bilanz als sonstige Verbindlichkeit (gegenüber den Gebührenzahlern) ausgewiesen.

Die Nachkalkulationen für das Wirtschaftsjahr 2021 ergaben folgende Beträge: EUR

Schmutzwassergebühr	Überdeckung	164.099,00
---------------------	-------------	------------

Niederschlagswassergebühr	Überdeckung	477.225,00
---------------------------	-------------	------------

Die sonstigen Verbindlichkeiten aus Gebührenüberdeckungen betragen zum 31. Dezember 2021: EUR

Schmutzwassergebühr	1.750.295,00
---------------------	--------------

Niederschlagswassergebühr	875.990,00
---------------------------	------------

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Ja. Das Finanzmanagement erfolgt durch die kaufmännische Abteilung.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Seit dem 01. Januar 2020 gilt eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen dem Betrieb, der Tochtergesellschaft ESi GmbH und dem Abwasserverband Siegen-Kirchen.

Da die Buchhaltung für alle Vertragsbeteiligten zentral von ESi erledigt wird, ist die einheitliche Einhaltung der Regelungen (insbesondere zur Verzinsung) sichergestellt.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Ja. Der Betrieb erhebt im Wesentlichen Gebühren und Beiträge auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW). Die Schmutzwassergebühren werden aufgrund eines entsprechenden Vertrages von der SVB GmbH, der die Trinkwasserversorgung im Gebiet der Stadt Siegen obliegt, im Namen und für Rechnung der Stadt erhoben. Die Niederschlagswassergebühr wird von der Stadt Siegen zusammen mit den übrigen Grundbesitzabgaben erhoben. Das Mahnwesen obliegt bei diesen Gebühren bei der SVB GmbH bzw. der Stadt. Es werden angemessene Abschlagszahlungen eingefordert und an den Betrieb weitergeleitet.

Im Übrigen werden Kanalanschlussbeiträge, Gebühren für die Entleerung von Kleinkläranlagen, Genehmigungsgebühren, Kostenerstattungen von der Stadt Siegen und den Städten Freudenberg und Netphen vom Betrieb selbst abgerechnet und zeitnah und effektiv abgewickelt.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Ja. Das Controlling entspricht den Anforderungen des Unternehmens und umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Ja. Die Geschäftsführung und seit dem 10. September 2021 auch die Liquidation der einzigen Tochtergesellschaft des Betriebes, der ESi GmbH, wird durch den kaufmännischen Betriebsleiter wahrgenommen. Die Finanzbuchhaltung der ESi GmbH erfolgt beim Entsorgungsbetrieb.

4. Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?
- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?
- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?
- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Zu a) bis d) insgesamt

Der Betrieb hat ein Risikofrüherkennungssystem im Sinne von § 10 Abs. 1 EigVO NRW eingerichtet und dies mit den vier Quartalsberichten des Risikomanagements dokumentiert. Bei dem Risikofrüherkennungssystem wurde auf zahlreiche bereits in diesem Sinne vorhandene und angewendete Organisationsregeln und -strukturen und Maßnahmen-Vorgaben aufgebaut.

Die Risikoarten wurden von der Betriebsleitung und dem Controller identifiziert und in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitern und Fachverantwortlichen kommuniziert, diskutiert und bewertet. Insbesondere wurden die fünf Punkte des § 10 Abs. 1 EigVO NRW, Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation, Risikoüberwachung/Risikofortschreibung und Risikodokumentation herausgearbeitet. Da es sich bei ESi um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung handelt, die die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung erfüllt, liegen bestandsgefährdende Risiken der für die Marktwirtschaft typischen Arten nicht vor. Insgesamt wurden unterhalb der Ebene der bestandsgefährdenden Risiken vier - ihrer Einflussnahme zugängliche - Haupt-Risikoarten identifiziert und bewertet. Sofern möglich wurden Maßnahmen entwickelt, um diese Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird kontinuierlich überprüft.

Die Berichterstattung und Beurteilung der Risiken erfolgt derzeit im Rahmen des Risikomanagements bei den langfristig eintretenden Risiken jährlich, bei denen die kurzfristig eintreten können, quartalsweise.

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?
- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
 - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Zu Fragen a) bis f) insgesamt:

Die Geschäfte dienen ausschließlich der Zinsaufwandsoptimierung. Zur Anzahl und zum Umfang der Geschäfte sowie zu deren bilanzieller Behandlung verweisen wir auf den Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang (Anlage 5).

Die derivativen Finanzgeschäfte werden durch den kaufmännischen Betriebsleiter vorbereitet und dann gemeinsam mit dem technischen Betriebsleiter abgeschlossen. Im letzten Jahr wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

Für die einzelnen Geschäfte werden grundsätzlich Angebote von mehreren Kreditinstituten eingeholt.

Der Betriebsausschuss wird in seiner jeweils nächsten Sitzung über die abgeschlossenen Derivatgeschäfte informiert (mit Protokollierung in der Sitzungsniederschrift) und erhält viermal jährlich eine tabellarische Übersicht über sämtliche schwebende Derivatgeschäfte und deren Wertentwicklung und Risikoeinschätzung.

Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung Siegen werden durch die Beschlussvorlagen und die Niederschriften über die Sitzungen des Betriebsausschusses über die derivativen Finanzgeschäfte informiert.

Die abgeschlossenen Verträge werden laufend auf ihre Marktwertentwicklung hin überwacht.

6. Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?
- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?
- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Zu a) bis f) insgesamt:

Eine eigene interne Revision besteht aufgrund der Betriebsgröße nicht.

Es erfolgen stattdessen Prüfungen des Betriebes durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen und durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen unserer Prüfungsplanung haben wir uns über die Prüfungen im Berichtsjahr informieren lassen. Eine vorherige Abstimmung war nicht erforderlich.

Das Rechnungsprüfungsamt hat nach eigenen Angaben im Berichtsjahr für ESi 97 Vergaben nach VOL, VOB, VgV, UVgO und ohne Vergabeordnung im Gesamtauftragswert von EUR 20,2 Mio. vor der jeweiligen Auftragsvergabe geprüft. Auftragsvergaben unter EUR 2.500 wurden gemäß "Dienstabweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen" nicht geprüft.

Beanstandungen wurden auskunftsgemäß im Einzelfall unmittelbar ausgeräumt und uns nicht berichtet.

7. **Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Den oben genannten Personen sind keine Kredite gewährt worden.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Verstöße gegen Gesetz, Betriebssatzung und Beschlüsse des Rates der Stadt Siegen und des Betriebsausschusses sind uns nicht bekannt geworden.

8. **Durchführung von Investitionen**

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Unter Berücksichtigung des Betriebszieles einer flächendeckenden Abwasserentsorgung ergaben sich nach unseren Erkenntnissen keine Anhaltspunkte dafür, dass die Planung und Abwägung der Investitionsvorhaben nicht sachgerecht erfolgt sind.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Nein. Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Ja. Es erfolgten derartige Projektüberwachungen und Meldungen an die Betriebsleitung.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Nein. Für das Wirtschaftsjahr 2021 waren laut Wirtschaftsplan Investitionen in Höhe von TEUR 19.157 geplant. Tatsächlich investiert wurden TEUR 14.485. Auch in der Einzelbetrachtung liegen auskunftsgemäß keine wesentlichen Überschreitungen von Einzelbudgets vor. In den von uns geprüften Einzelmaßnahmen im Bau wurden absehbare Planüberschreitungen von den Projektleitern rechtzeitig der Betriebsleitung und ggf. dem Betriebsausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Bei unserer Abschlussprüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

9. Vergaberegelnungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelnungen (z.B. VOB, EU-Regelnungen) ergeben?

Auftragsvergaben bis TEUR 150 (netto) erfolgten durch die Betriebsleitung.

Ein großer Teil der Auftragsvergaben über TEUR 150 (netto) erfolgten aufgrund von Dringlichkeitsentscheidungen mit anschließender Genehmigung durch den Betriebsausschuss.

Das Vergabewesen ist regelmäßig Gegenstand von Prüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen; vgl. Fragenkreis 6.

Andere offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelegungen haben wir im Zuge unserer Prüfung nicht festgestellt.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelnungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Das Auftragsvergabewesen des Betriebes entspricht den Üblichkeiten in der Kommunalverwaltung auf der Grundlage der entsprechenden Verdingungsordnungen.

Für Kreditaufnahmen auf dem Kapitalmarkt werden in angemessenem Umfang Konditionsangebote eingeholt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Ja. Es wurden vierteljährliche Zwischenberichte gemäß § 20 EigVO NRW erstellt und auskunftsgemäß an die Mitglieder des Betriebsausschusses verschickt.

Der Betriebsausschuss wird zudem in jeder Sitzung über die wesentlichen Betriebsangelegenheiten informiert. Weitere Berichterstattungen erfolgen im Zuge der Beratungen von Wirtschafts- und Finanzplanung, Entgeltskalkulationen, Jahresabschluss und Auftragsvergaben und durch fallweise Sachstandsberichte, Auskünfte oder Mitteilungen aufgrund von Anfragen der Gremiumsmitglieder oder ausgehend von der Betriebsleitung sowie im Rahmen von Besichtigungen von Betriebsanlagen und Baumaßnahmen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Soweit aus den Zwischenberichten, Sitzungsvorlagen und -niederschriften des Betriebsausschusses ersichtlich, ist ein zutreffender Eindruck gemäß der Fragestellung vermittelt worden.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Nach den Sitzungsniederschriften des Betriebsausschusses erfolgte die Berichterstattung über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah. Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben wir keine nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfälle, erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen festgestellt. Ungewöhnliche oder risikoreiche Geschäfte lagen im Wirtschaftsjahr nicht vor.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Wesentlicher Themenschwerpunkt war im Berichtsjahr die neue Klärschlamm-trocknungsanlage. Die Betriebsleitung informierte mehrfach über ihre Suche nach einem Kooperationspartner, alternative Vertragsgestaltungen, die Kostensituation und die Risiken und Chancen für ESi.

Besondere Berichtswünsche des Betriebsausschusses gab es im Berichtsjahr nicht.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nein.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Nein. Eine Directors&Officers-Versicherung (Organ- oder Managerhaftpflichtversicherung) ist nicht abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Uns sind keine Meldungen von Interessenkonflikten bekannt geworden.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Nein. Ermittlungen zum Zeitwert bzw. Verkehrswert insbesondere des Anlagevermögens liegen nicht vor.

12. Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Bilanz zum 31. Dezember 2021 weist rund 48 % Eigenkapital, 2 % Sonderposten für Investitionszuschüsse und 50 % Fremdkapital aus.

Die zukünftigen Investitionen müssen wie bisher in hohem Maße aus Kreditaufnahmen finanziert werden, da die verdienten Abschreibungen zum weitaus größten Teil für Darlehenstilgungen benötigt werden.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, weil uns diese Informationen im Rahmen der beauftragten Einzelabschlussprüfung nicht zugänglich sind. Wir verweisen auf den Gesamtabchluss der Stadt Siegen.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Im Berichtsjahr hat der Betrieb zinsverbilligte Förderdarlehen in Höhe von TEUR 10.528 erhalten.

Anhaltspunkten für eine Nicht-Beachtung der Verpflichtungen und Auflagen der Mittelgeber haben sich im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung nicht ergeben.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Nein. Die Eigenkapitalquote des Betriebes beträgt rund 48 % der Bilanzsumme und liegt damit deutlich über der Größenordnung von 30 bis 40 %, die bei derartigen öffentlichen Betrieben allgemein als wünschenswert angesehen wird.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Vorschlag der Betriebsleitung lautet, aus dem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 2.552.286,62 einen Teilbetrag von EUR 2.500.000,00 in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen. Dies ist mit der wirtschaftlichen Lage des Betriebes vereinbar.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Entfällt, da es sich um einen reinen Abwasserentsorgungsbetrieb handelt.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein. Die Struktur der Komponenten des Jahresüberschusses stellt sich wie folgt dar:

	2021	2020
	TEUR	TEUR
Erlöse zur Abdeckung kalkulatorischer (Mehr-)zinsen	1.895	1.676
Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	478	477
Schadenersatz (insbesondere Vergleich Faulturm)	184	0
Gewinne aus Anlagenabgängen	56	14
Erträge aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2	8
Erträge aus Verwarentgelten	5	0
Sonstige neutrale Erträge (periodenfremde Erträge inkl. Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen auf Forderungen)	108	31
Verluste aus Anlagenabgängen	-63	-276
Anlaufverluste Klärschlamm-trocknungsanlage (Probebetrieb in 2020)	0	-233
Abschreibungen auf Anteile an verbundener ESi GmbH	-8	-7
Sonstige neutrale Aufwendungen (periodenfremde Aufwendungen und Forderungsverluste)	-105	-216
Jahresüberschuss	2.552	1.474

Kalkulatorische Zinsen wurden in 2021 mit 2,0 % (Vorjahr: 2,0 %) des eingesetzten Anlagevermögens abzüglich Abzugskapital angesetzt bei der Gebührenkalkulation. Die Steigerung der kalkulatorischen Mehrzinsen ergibt sich aus dem Anstieg des eingesetzten Anlagevermögens und tatsächlichen Zinsaufwandseinsparungen durch Umschuldung von Darlehen.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Nein. Anhaltspunkte für eindeutig unangemessene Konditionen bei den Leistungsbeziehungen zur Stadt Siegen, zu der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und zur ESi GmbH haben sich nicht ergeben. Alle Vergütungen werden jährlich überprüft und ggf. anhand nachvollziehbarer Größen oder Indizes an die aktuelle Kostenentwicklung angepasst.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt, da keine konzessionsabgabepflichtigen Geschäfte getätigt wurden.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Ja. Auf Grundlage der inzwischen erteilten abwasserrechtlichen Betriebsgenehmigung für die Klärschlamm-trocknungsanlage wurde eine dauerhafte Zusammenarbeit und Kostenteilung mit der Stadt Kreuztal ab dem 01. Januar 2022 vereinbart.

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt, weil ein Jahresüberschuss erzielt wurde.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Entfällt, weil ein Jahresüberschuss erzielt wurde.

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), 57080 Siegen

B I L A N Z zum 31. Dezember 2021

A K T I V A

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	46.570,00	62.141,00
2. Baukostenzuschüsse	5.802.642,60	6.125.726,26
3. Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau	<u>8.406,32</u>	<u>3.109,64</u>
	5.857.618,92	6.190.976,90
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	29.748.387,59	31.631.863,59
2. Technische Anlagen und Maschinen	183.774.912,00	188.372.392,70
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.976.837,00	1.854.036,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>23.022.594,77</u>	<u>11.860.636,41</u>
	238.522.731,36	233.718.928,70
III. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	238.228,13	245.917,75
2. Sonstige Ausleihungen	<u>300,00</u>	<u>300,00</u>
	<u>238.528,13</u>	<u>246.217,75</u>
	<u>244.618.878,41</u>	<u>240.156.123,35</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. <u>Vorräte</u>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	623.646,65	685.787,18
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.952.823,58	1.230.078,75
2. Forderungen gegen den Abwasserverband Siegen-Kirchen	74.066,37	0,00
3. Forderungen gegen die Stadt Siegen / andere Eigenbetriebe	486.401,98	0,00
4. Forderungen gegen das verbundene Unternehmen ESi GmbH	2.044,72	0,00
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>159.258,97</u>	<u>321.606,75</u>
	2.674.595,62	1.551.685,50
III. <u>Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	<u>625.162,57</u>	<u>227.222,57</u>
	<u>3.923.404,84</u>	<u>2.464.695,25</u>
	<u>64.778,85</u>	<u>41.276,45</u>
	<u>248.607.062,10</u>	<u>242.662.095,05</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		

P A S S I V A

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. <u>Stammkapital</u>	2.000.000,00	2.000.000,00
II. <u>Rücklagen</u>		
1. Allgemeine Rücklage	56.402.847,39	56.402.847,39
2. Zweckgebundene Rücklagen	<u>5.650.000,00</u>	<u>4.250.000,00</u>
	62.052.847,39	60.652.847,39
III. <u>Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter</u>	50.330.101,68	50.230.087,03
IV. <u>Gewinnvortrag</u>	1.551.781,07	1.477.972,41
V. <u>Jahresüberschuss</u>	<u>2.552.286,62</u>	<u>1.473.808,66</u>
	<u>118.487.016,76</u>	<u>115.834.715,49</u>
	<u>5.524.614,00</u>	<u>5.950.729,00</u>
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.437.731,00	1.359.860,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>3.183.505,00</u>	<u>2.912.491,06</u>
	<u>4.621.236,00</u>	<u>4.272.351,06</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112.559.867,32	106.434.389,08
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.101.102,76	5.043.350,64
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH	1.186.026,65	516.939,37
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	0,00	166.634,43
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Siegen /anderen Eigenbetrieben	0,00	10.728,66
6. Verbindlichkeiten gegenüber dem verbundenen Unternehmen ESi GmbH	0,00	242.620,24
7. Sonstige Verbindlichkeiten	2.984.536,11	4.036.874,58
- davon aus Steuern: EUR 38.042,94 (Vorjahr: EUR 40.975,50)		
	<u>119.831.532,84</u>	<u>116.451.537,00</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>142.662,50</u>	<u>152.762,50</u>
	<u>248.607.062,10</u>	<u>242.662.095,05</u>

	2021 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	25.012.176,68	24.368.891,62
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	861.000,00	994.000,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	457.447,34	155.299,75
4. Materialaufwand		
a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-3.105.733,02	-3.497.278,03
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.000.078,70</u>	<u>-2.204.981,28</u>
	-5.105.811,72	-5.702.259,31
5. Personalaufwand		
a. Löhne und Gehälter	-4.076.859,65	-4.058.037,33
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.127.877,35	-1.133.305,34
- davon für Altersversorgung: EUR 381.057,52 (Vorjahr: EUR 392.748,73)	<u> </u>	<u> </u>
	-5.204.737,00	-5.191.342,67
6. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.951.515,71	-9.123.232,66
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.832.069,94	-2.040.118,95
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.622,35	7.866,63
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-7.689,62	-7.597,27
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.684.135,76</u>	<u>-1.987.698,48</u>
11. Jahresüberschuss	<u>2.552.286,62</u>	<u>1.473.808,66</u>

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), Siegen

Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2021

I. Allgemeine Angaben

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Siegen gemäß § 107 Abs. 2 GO NRW mit Sitz in Siegen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 21 bis 24 EigVO NRW i. V. m. den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB wurden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung an die Besonderheiten des Betriebes angepasst.

Die Angaben und Erläuterungen im Anhang erfolgen in der Reihenfolge der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das **Sachanlagevermögen** und die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** (einschließlich der Baukostenzuschüsse) sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Zugänge und Abgänge des Wirtschaftsjahres werden grundsätzlich zeitanteilig abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten (vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag) 250,00 € nicht übersteigen, werden im Anschaffungsjahr voll abgesetzt. Für abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 250,00 €, aber nicht 1.000,00 € übersteigen, wird ein Sammelposten gebildet, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Fremdkapitalzinsen sind nicht aktiviert.

Die Nutzungsdauer der aktivierten Baukostenzuschüsse an den Abwasserverband Siegen-Kirchen richtet sich nach der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen. Sie liegt wie bei ESi zwischen 5 und 60 Jahren.

Für die wesentlichen Sachanlagen sind die aus der nachfolgenden Tabelle hervorgehenden betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern festgesetzt.

	Nutzungsdauer in Jahren	
	Zugang ab 01.01.2007	Altbestand
Kanalleitungen		
Steinzeug	60	80
Guss, Stahl, Duktulguss	40	67
Beton, Fertigbeton, Stahlbeton	40	56
Kunststoff, Asbestzement	40	48
Sonderbauwerke		
Baulicher Teil	40	56
Maschinentechnik	12,5	14
Elektrotechnik	8	14
Arbeitsmaschinen	5 - 8	8
Kläranlagen		
Gebäude	40	40
Sonstige Bauwerke	40	40
Maschinentechnik	8 - 12,5	8 - 12,5
Elektrotechnik	8	8

Die **Finanzanlagen** sind mit den Nennwerten bzw. zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zu niedrigeren beizulegenden Werten.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden unter Berücksichtigung des Ausfallrisikos zum Nennwert angesetzt. Uneinbringliche Forderungen wurden abgeschrieben. Für das generelle Ausfallrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2 % auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand gebildet.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nennwerten bewertet.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden vorausgezahlte Beamtenbezüge, Software- und andere Wartungsvertragsaufwendungen und Kraftfahrzeugsteuer ausgewiesen.

Das **Eigenkapital** ist zum Nennbetrag angesetzt. Das Stammkapital entspricht der Betriebssatzung.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** enthält die passivierten Kanalanschlussbeiträge (Baukostenzuschüsse) und wird mit 3,0 % p.a. ertragswirksam über den Posten Umsatzerlöse aufgelöst, dann enthält der Sonderposten die passivierten Verrechnungen mit der Abwasserabgabe gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz (AbwAG), welche je nach Laufzeit des bezuschussten Anlagevermögens mit 5,56 % p.a. für die Kläranlagen und mit 1,82 % p.a. für das Kanalvermögen ertragswirksam über den Posten sonstige betriebliche Erträge aufgelöst wird. Der Sonderposten enthält Zuschüsse des Landes und des Bundes für die Beschaffung von Elektro- und Wasserstofffahrzeugen, welche nach der Nutzungsdauer der Fahrzeuge mit 12,5% bis 20% erfolgswirksam über den Posten sonstige betriebliche Erträge aufgelöst wird. Den Bilanzansätzen liegen die Nominalwerte zugrunde.

Die **Pensionsrückstellungen** beinhalten dem Betrieb dienstzeitanteilig zugeordnete Versorgungsansprüche von Beamten und Pensionären sowie die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an Pensionäre. Bei Eintritt in den Ruhestand werden gemäß der Vereinbarung mit der Universitätsstadt Siegen die Beihilferückstellung zur Ablösung der Verpflichtung an die Universitätsstadt Siegen gezahlt, welche die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen übernimmt. Sie sind entsprechend § 22 Abs. 3 Eig-VO NRW nach der Teilwertmethode unter Zugrundelegung der "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 5,0 % gebildet worden. Die Bewertung der Beihilferückstellungen erfolgte auf Basis der Wahrscheinlichkeitstafeln 2018 mit Einschluss der Pflegestatistiken und anteiliger Berücksichtigung von Angehörigen und Hinterbliebenen. Besoldungstrends und zukünftige Kostensteigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Der Betrieb sichert Zinsrisiken aus variabel verzinsten Darlehen mit geeigneten Zinsswapgeschäften ab. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 bestanden folgende Derivatgeschäfte:

	Nominal- volumen	Marktwert/ beizulegender Zeitwert	
		positiv	negativ
	T€	T€	T€
Zinsbezogene Geschäfte	14.088	0	-4.156

Die folgenden zinsbezogenen Geschäfte in Euro bilden zusammen mit dem Grundgeschäft jeweils eine Bewertungseinheit:

Art des Geschäftes	Vertrags- abschluss	Laufzeit	Volumen 31.12.2021	Marktwert 31.12.2021
			T€	T€
Zinsbezogene Geschäfte				
a) Zinssatz-Swap	21.11.2001	2001 - 2023	799	-39
b) Zinssatz-Swap	02.07.2009	2010 - 2040	1.289	-389
c) Zinssatz-Swap	15.02.2006	2016 - 2036	12.000	-3.728
			14.088	-4.156

Die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts werden im Jahresabschluss durch Anwendung der „Einfrierungsmethode“ nicht ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Zur Entwicklung des **Anlagevermögens** wird auf die Anlage 1 zum Anhang verwiesen.

Die unter den Immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse sind an den Abwasserverband Siegen-Kirchen zur Mitfinanzierung von dessen Investitionen gezahlt worden, vgl. Abschnitt V.

Das Grundvermögen und der Bestand und die Leistungsfähigkeit der wichtigsten Anlagen des Betriebes zeigen folgende Entwicklung:

	Stand 01.01.2021	Zugang Abgang	Stand 31.12.2021
Grundstücke und Bauten (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten)	67.960 T€	5 T€ -14 T€	67.951 T€
Kläranlagen (EW = Einwohnerwerte)			
Kläranlage Siegen	175.000 EW		175.000 EW
Kläranlage Weidenau	75.000 EW		75.000 EW
	250.000 EW		250.000 EW
Kanäle			
Mischwasserkanäle	515,0 km	1,0 km	516,0 km
Schmutzwasserkanäle	38,5 km	0,0 km	38,5 km
Regenwasserkanäle	59,1 km	-0,3 km	58,8 km
	612,6 km	+0,7 km	613,3 km
Sonderbauwerke			
Regenrückhaltevolumen gesamt	43.280 m³		43.280 m³
Regenüberlaufbecken	31 St.		31 St.
Regenüberläufe	49 St.		49 St.
Regenklärbecken	2 St.		2 St.
Regenrückhaltebecken	2 St.		2 St.
Pumpwerke	14 St.		14 St.

Zur Ausnutzung der Betriebsanlagen vgl. die Mengenangaben zu den Umsatzerlösen unter Abschnitt V.

Die **Anlagen im Bau** setzen sich zum 31.12.2021 wie folgt zusammen:

	gesamt	davon größte Einzelposten
	T€	T€
Kanäle und Sonderbauwerke (Neubau und Sanierung)	5.068	
Kanal Memeler Str.		3195
Kanal Gärtnerstr. – Austr.		382
Kanal Bergstraße		380
Kläranlagen	17.924	
Kläranlage Siegen		17.789
Kläranlage Weidenau		135
Sonstiges	31	
	23.023	

Die **Investitionsplanung** für den Zeitraum 2022 bis 2026 stellt sich wie folgt dar:

	2022	2023-2026	gesamt
	T€	T€	T€
Sonderbauwerke / Kanäle / Erschließungen	6.691	37.795	44.486
Kläranlage / Baukostenzuschüsse Abwasserverb.SK	14.281	22.760	37.041
Sonstige / Fuhrpark	1.330	7.676	9.006
gesamt	22.302	68.231	90.533

Alle **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Auf ausfallgefährdete Forderungen wurden angemessene Einzelwertberichtigungen und im Übrigen eine Pauschalwertberichtigung von 2% vorgenommen.

Die **Forderungen an die Universitätsstadt Siegen / andere Eigenbetriebe** von 486 T€ (Vorjahr Verbindlichkeit 11 T€) ergeben sich als Saldo aus jeweils kurzfristigen Forderungen von 633 T€ und Verbindlichkeiten von 147 T€.

Die **Forderungen an den Abwasserverband Siegen-Kirchen** in Höhe von 74 T€ (Vorjahr Verbindlichkeit 167 T€) setzen sich im Wesentlichen aus den Forderungen für die Umlagerückerstattung und Klärschlamm-trocknung von 48 T€, einem gewährten Kassenkredit in Höhe von 300 T€ und den Verbindlichkeiten für die zu leistenden Baukostenzuschüsse in Höhe von 291 T€ zusammen.

Die **flüssigen Mittel** betreffen im Wesentlichen frei verfügbare Guthaben bei mehreren Kreditinstituten und den Kassenbestand.

Das **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2020	Zu-/Abgang	31.12.2021
	€	€	€
Stammkapital	2.000.000,00	0,00	2.000.000,00
Rücklagen			
Allgemeine Rücklage	56.402.847,39	0,00	56.402.847,39
Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter (Erschließungen)	50.230.087,03	100.014,65	50.330.101,68
Zweckgebundene Rücklage (zur realen Kapitalerhaltung)	4.250.000,00	1.400.000,00	5.650.000,00
Gewinnvortrag	1.477.972,41	73.808,66	1.551.781,07
Jahresüberschuss	1.473.808,66	1.078.477,96	2.552.286,62
	115.834.715,49	2.652.301,27	118.487.016,76

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** erhöhte sich um Zugänge in Höhe von 107 T€ und verminderten sich durch die ertragswirksamen Auflösungen in Höhe von 533 T€ von insgesamt 5.951 T€ zum 01.01.2021 auf 5.525 T€ zum Bilanzstichtag 31.12.2021.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der **Rückstellungen** ist in der Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beinhalten Darlehen in Höhe von 111.299 T€ (Vorjahr 105.046 T€), Tilgungs- und Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 361 T€ (Vorjahr 388 T€) und einen Kassenkredit in Höhe von 900 T€ (Vorjahr 1.000 T€).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB)** betreffen weitestgehend die zum Stichtag bestehende Überzahlung durch erhaltene Abschläge auf Schmutzwassergebühren, die die SVB im Namen und auf Rechnung der Stadt Siegen (ESi) erhebt und einzieht.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten mit 2.626 T€ (Vorjahr 3.559 T€) im Wesentlichen Gebührenausschleissverpflichtungen nach § 6 Abs. 2 KAG NRW; vgl. auch Erläuterungen zum Posten Umsatzerlöse. Überzahlungen von Kunden sind in dem Posten mit 185 T€ (Vorjahr 318 T€) enthalten.

Zu den Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten siehe nachfolgenden **Verbindlichkeitspiegel**:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre
	€	€	€	€
Stand 31.12.2020				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	106.434.389,08	19.751.879,17	86.682.509,91	69.141.002,46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.043.350,64	5.043.350,64	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber SVB	516.939,37	516.939,37	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	166.634,43	166.634,43	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der ESi GmbH	242.620,24	242.620,24	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Universitätsstadt Siegen	10.728,66	10.728,66	0,00	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4.036.874,58	2.051.913,58	1.984.961,00	0,00
	116.451.537,00	27.784.066,09	88.667.470,91	69.141.002,46
Stand 31.12.2021				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112.559.867,32	19.256.775,59	93.303.091,73	74.758.927,48
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.101.102,76	3.101.102,76	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber SVB	1.186.026,65	1.186.026,65	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber ESi GmbH	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	2.984.536,11	1.478.016,11	1.506.520,00	0,00
	119.831.532,84	25.021.921,11	94.809.611,73	74.758.927,48

Mit Ausnahme des üblichen Eigentumsvorbehalts liegen keine Sicherheitsgewährungen für Verbindlichkeiten vor.

Der passive **Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet im Wesentlichen eine Optionsprämie auf Abschluss eines Zins-Swaps von ursprünglich 202 T€, die nach Ausübung der Option im Jahr 2016 ertragswirksam über die 20-jährige Laufzeit des Swaps aufgelöst wird.

IV. Sonstige - nicht bilanzierte - finanzielle Verpflichtungen

Zur Erfüllung der tarifvertraglichen Versorgungspflichten gegenüber den Beschäftigten hat der Betrieb Umlagen von 4,5 % des umlagepflichtigen Bruttoarbeitsentgeltes (3.792 T€) zuzüglich 3,25 % Sanierungsgeld an die Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe - Zusatzversorgung (kvw) in Münster abgeführt. Sollten die Deckungsmittel der kvw für die Erfüllung der Versorgungsverpflichtungen nicht ausreichen, besteht eine Einstandspflicht des Betriebes. Dabei handelt es sich um eine **mittelbare Pensionsverpflichtung**, die zurzeit betragsmäßig nicht ermittelbar ist.

Es besteht eine Vielzahl von Gestattungsverträgen für Kanalleitungsverlegungen sowie Verträge mit Straßenbaulastträgern, die jeweils zu finanziellen Folgepflichten des Betriebes führen können, wofür jedoch eine Bezifferung nicht möglich ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen (sofern bedeutend)	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
	€	€	€
aus Lieferungen und Leistungen	2.311T€	1.003 T€	0 T€
aus Miet- und Leasingverträgen	44 T€	0 T€	0 T€
aus Wartungsverträgen	132 T€	20 T€	0 T€
aus Versicherungsverträgen	106 T€	0 T€	0 T€
aus begonnenen Investitionsvorhaben	24.450 T€	10.311 T€	0 T€
aus sonstigen Verpflichtungen	58 T€	0 T€	0 T€
Gesamt	27.101 T€	11.334 T€	0 T€

Das Bestellobligo liegt im betriebsüblichen Rahmen.

Die Stadt Siegen betreibt zusammen mit der Verbandsgemeinde Kirchen (Rheinland-Pfalz) den **Abwasserverband Siegen-Kirchen**, der insbesondere Abwasserreinigungsaufgaben (Kläranlage Büdenholz) für die beiden Verbandsmitglieder erfüllt. Die Finanzierung des Verbandes erfolgt vollständig im Umlageverfahren, indem sowohl die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen durch Beiträge/Umlagen erhoben werden, als auch die nicht durch öffentliche Zuschüsse finanzierten Investitionen des Verbandes in voller Höhe durch Baukostenzuschusszahlungen der beiden Verbandsmitglieder bzw. ihrer Abwasserwerke aufgebracht werden.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Nähere Einzelheiten zu den **Umsatzerlösen** zeigt die nachfolgende Aufstellung:

	Tarif / Grundlage	Menge	Erlöse T€ 2021	Erlöse T€ 2020
Schmutzwassergebühren	2,10 €/m³	5.496 Tm³	T€ 11.541	T€
	2,06 €/m³	5.534 Tm³		11.399
Niederschlagswassergebühren	0,88 €/m²	7.428 Tm²	6.506	
	0,84 €/m²	7.428 Tm²		6.240
Straßenentwässerung	Kostenanteil		3.342	3.177
Gebührenausgleichsverbindlichkeiten	§ 6 (2) KAG NRW			
Verbrauch			1.574	1.513
Zuführung			-641	-411
Erlöse Klärschlamm-trocknung			170	0
Erlöse von der Stadt Netphen	Vereinbarung		344	382
Erlöse von der Stadt Freudenberg	Vereinbarung		208	222
Erlöse Hausanschlüsse	Satzung		287	277
Erlöse Abwasserverband Siegen-K.			166	162
Erlöse a.d. Auflösung v. Sonderposten für Investitionszuschüsse			400	400
Erlöse aus früheren Jahren			62	17
Erlöse Wasserbau			532	468
Erlöse Sinkkästenreinigung			369	393
Sonstige Umsatzerlöse			152	130
			25.012	24.369

Die **Gebühreennachkalkulation** nach § 6 Abs. 2 KAG NRW schließt bei der Schmutzwasserbeseitigung mit einer Kostenüberdeckung in Höhe von 164 T€ und bei der Niederschlagswasserbeseitigung mit einer Kostenüberdeckung in Höhe von 477 T€, die in den sonstigen Verbindlichkeiten passiviert wurden.

Von den **sonstigen betrieblichen Erträgen** entfallen 43 T€ (Vorjahr 9 T€) auf die Auflösung von Rückstellungen und von Wertberichtigungen zu Forderungen, die früheren Wirtschaftsjahren zuzuordnen sind. Der Posten enthält Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse betreffend verrechneter Abwasserabgaben nach § 10 Abs. 3 AbwAG mit 78 T€ (Vorjahr 78 T€) und betreffend bezuschusster Fahrzeuge mit 55 T€ (Vorjahr 50 T€). Des Weiteren sind Erträge aus Schadensersatzleistungen und Anlagenabgängen enthalten.

Der **Personalaufwand** setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 T€	2020 T€
	T€	T€
Löhne und Gehälter		
Vergütungen Arbeitnehmer	3.791	3.790
Beamtenbezüge	286	268
	4.077	4.058
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Beiträge zur Sozialversicherung	738	738
Beiträge zu Versorgungskassen	340	338
Zuführung zur Pensionsrückstellung	41	55
Beihilfen	8	1
Freiwillige soziale Leistungen	1	1
	1.128	1.133
	5.205	5.191

Die **Belegschaft** entwickelte sich wie folgt:

	Jahres- durchschnitt 2021	Jahres- durchschnitt 2020
Beamte		
Sachbearbeitung	3	3
Arbeitnehmer		
Betriebsleiter	2	2
Sachbearbeitung + Betrieb	71	73
Summe ohne Auszubildende	76	78
Auszubildende	3	3
Summe mit Auszubildenden	79	81

Von den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind sonstige Posten von 67 T€ (Vorjahr 212 T€) früheren Wirtschaftsjahren zuzuordnen.

Außerdem sind Verluste aus Anlagenabgängen in Höhe von 67 T€ (Vorjahr: 276 T€) sowie Aufwendungen für Softwarenutzung und –wartung in Höhe von 102 T€ (Vorjahr: 98 T€) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind sonstige Steuern in Höhe von 6 T€ (Vorjahr 6 T€) enthalten.

In den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 2 T€ (Vorjahr 8 T€) und negative Kapitalüberlassungsentgelte in Höhe von 6 T€ (Vorjahr 0 T€) enthalten.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** enthalten Zinsaufwand in Höhe von 89 T€ (Vorjahr 65 T€) aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

VI. Sonstige Angaben

Rat der Stadt Siegen

Oberstes Organ des Betriebes ist der Rat der Universitätsstadt Siegen unter dem Vorsitz von Bürgermeister Steffen Mues.

Betriebsausschuss im Wirtschaftsjahr 2021

Maik Harnacke, Beamter, Vorsitzender (5.091,50 €)

Torsten Schoew, Maschinenbautechniker, Stellvertretender Vorsitzender (63,80 €)

Verena Böcking, BA Soziale Arbeit (63,80 €)

Joachim Boller, Elektroingenieur (85,10 €)

Yilmaz Dil, Anlagenbediener (63,90 €)

Klaus Eckhardt, Pensionär (42,50 €)

Franz Englert, Kfz-Technikermeister (99,90 €)

Olaf Jagielski, Bauingenieur (129,20 €)

Karl-Wilhelm Kirchhöfer, Industriekaufmann i.R. (129,20 €)

Bernd Mäckeler, Verkäufer (129,20 €)

Christa Schlenther, Sekretärin i.R. (96,90 €)

Michael Schwarzer, Pressesprecher (0,00 €)

Jürgen Stinner, Rentner (74,10 €)

Stellvertretende Mitglieder mit Bezügen

Felix Hof (42,60 €)

Oswald Schulz (32,30 €)

Harold Solms (38,90 €)

Markus Nüchtern (32,30 €)

Der Betriebsausschuss ist im Wirtschaftsjahr 2021 zu vier Sitzungen zusammengetreten.

Die Gesamtbezüge des Betriebsausschusses (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen) haben im Wirtschaftsjahr 2021 6 T€ betragen. Die einzelnen Bezüge werden in Klammern hinter den einzelnen Mitgliedern des Betriebsausschusses angegeben; die stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses sind angegeben, sofern sie Bezüge erhalten haben. Beratende Mitglieder sind nicht angegeben.

Betriebsleitung

Technischer Betriebsleiter Stephan Roth, Dipl.-Ingenieur

Kaufmännischer Betriebsleiter Christof Quandel, Bilanzbuchhalter und Steuerfachwirt

Die Gesamtbezüge der Betriebsleitung betrugen 191.509,87 €. Davon entfallen auf den Technischen Betriebsleiter 102.721,25 € und auf den Kaufmännischen Betriebsleiter 88.788,62 €.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder der Betriebsleitung aus dem Anteil ESi (neben dem Anteil der Stadt Siegen) an den Pensionszahlungen durch die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände und Beihilfeleistungen betragen 20 T€. Für frühere Mitglieder der Betriebsleitung des ESi sind zum 31. Dezember 2021 Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 183 T€ gebildet.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das für das Wirtschaftsjahr 2021 von dem Abschlussprüfer berechnete oder als Rückstellungszuführung erfasste Gesamthonorar gem. § 285 Nr. 17 HGB beträgt (einschließlich Umsatzsteuer) 32 T€ für Abschlussprüfungsleistungen.

Gewinnverwendung

Die Betriebsleitung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 2.552.286,62 € zu 52.286,62 € auf neue Rechnung vorzutragen und 2.500.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.

Nachtragsbericht

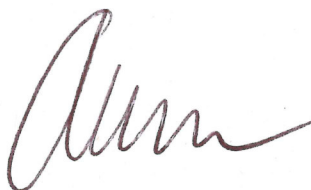
Zwischen Abschlussstichtag und Aufstellung des Jahresabschlusses sind keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

Die Pandemie durch den COVID 19 – Virus beeinträchtigt die Geschäftstätigkeit des ESi bisher nur geringfügig. Umsatzeinbrüche sind nicht zu erwarten, durch umfangreiche Infektionsschutzmaßnahmen beim Personal wird die Aufgabenerledigung erschwert. Der Betrieb ist der kritischen Infrastruktur zuzurechnen, dem entsprechend muss der Betrieb arbeitsfähig bleiben, diesem Ziel sind alle anderen Ziele unter zu ordnen. Durch die anhaltend gestörten Lieferketten und ab 24.02.2022 den Krieg in der Ukraine, sowie Sanktionen gegen Russland sind deutliche Preisaufschläge für Energie, Chemikalien und einige Baumaterialien eingetreten, die sich im Jahr 2022 auswirken werden. Durch langfristige Lieferverträge sind die Auswirkungen derzeit noch begrenzt.

Siegen, den 31. März 2022



Stephan Roth
Technischer Betriebsleiter



Christof Quandel
Kaufmännischer Betriebsleiter

Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2021

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte	
	01.01.2021 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	31.12.2021 €	01.01.2021 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	31.12.2021 €	31.12.2021 €	31.12.2020 €
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	497.446,77	16.970,62	-10.779,92	0,00	503.637,47	435.305,77	32.541,62	-10.779,92	0,00	457.067,47	46.570,00	62.141,00
2. Baukostenzuschüsse	15.585.635,32	284.599,21	-182.691,05	56,29	15.687.599,77	9.459.909,06	607.739,16	-182.691,05	0,00	9.884.957,17	5.802.642,60	6.125.726,26
3. Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau	3.109,64	5.352,97	0,00	-56,29	8.406,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.406,32	3.109,64
	16.086.191,73	306.922,80	-193.470,97	0,00	16.199.643,56	9.895.214,83	640.280,78	-193.470,97	0,00	10.342.024,64	5.857.618,92	6.190.976,90
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten	67.959.641,80	5.387,46	-13.753,89	0,00	67.951.275,37	36.327.778,21	1.888.863,46	-13.753,89	0,00	38.202.887,78	29.748.387,59	31.631.863,59
2. Technische Anlagen und Maschinen	393.464.268,86	731.080,52	-1.709.787,68	1.646.547,31	394.132.109,01	205.091.876,16	6.913.035,03	-1.647.714,18	0,00	210.357.197,01	183.774.912,00	188.372.392,70
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.410.278,51	632.560,71	-353.774,25	179,73	5.689.244,70	3.556.242,51	509.336,44	-353.171,25	0,00	3.712.407,70	1.976.837,00	1.854.036,00
4. Anlagen in Bau	11.860.636,41	12.808.685,40	0,00	-1.646.727,04	23.022.594,77	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23.022.594,77	11.860.636,41
	478.694.825,58	14.177.714,09	-2.077.315,82	0,00	490.795.223,85	244.975.896,88	9.311.234,93	-2.014.639,32	0,00	252.272.492,49	238.522.731,36	233.718.928,70
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	300.000,00	0,00	0,00	0,00	300.000,00	54.082,25	7.689,62	0,00	0,00	61.771,87	238.228,13	245.917,75
2. Sonstige Ausleihungen	300,00	0,00	0,00	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	300,00	300,00
	300.300,00	0,00	0,00	0,00	300.300,00	54.082,25	7.689,62	0,00	0,00	61.771,87	238.528,13	246.217,75
Insgesamt	495.081.317,31	14.484.636,89	-2.270.786,79	0,00	507.295.167,41	254.925.193,96	9.959.205,33	-2.208.110,29	0,00	262.676.289,00	244.618.878,41	240.156.123,35

Entwicklung der Rückstellungen im Wirtschaftsjahr 2021

Posten der Rückstellungen	Stand ohne Abzinsung 01.01.2021 T€	Stand Abzinsung 01.01.2021 T€	Stand mit Abzinsung 01.01.2021 T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Abzinsung Ertrag T€	Aufzinsung Aufwand T€	Stand ohne Abzinsung 31.12.2021 T€	Stand Abzinsung 31.12.2021 T€	Stand mit Abzinsung 31.12.2021 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen											
Rückstellungen für Pensionen			1.154	-31	0	30		57			1.210
Rückstellungen für Beihilfen			206	0	0	11		10			227
Summe Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			1.360	-31	0	41		67			1.437
Sonstige Rückstellungen											
Abwasserabgabe	488	0	488	-138	-29	335	0	0	656	0	656
Drohende Verluste Derivate	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalkosten(Urlaub, Über- stunden, Altersteilzeit)	621	-12	609	-334	0	571	-2	0	858	-14	844
Prozessrisiken	82	0	82	-21	-5	0	0	0	56	0	56
Jahresabschlusserstellung	61	0	61	-61	0	61	0	0	61	0	61
Jahresabschlussprüfung	35	0	35	-30	-4	31	0	0	32	0	32
Aufbewahrungspflichten	20	-2	18	-4	0	4	0	0	20	-2	18
Rückbauverpflichtungen	1.500	-38	1.462	0	0	0	0	20	1.500	-18	1.482
Übrige	157	0	157	-122	0	0	0	0	35	0	35
Summe sonstige Rückstellungen	2.964	-52	2.912	-710	-38	1.002	-2	20	3.218	-34	3.184
Gesamtsumme Rückstellungen			4.272	-741	-38	1.043	-2	87			4.621

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), Siegen

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021

A. Grundlagen des Unternehmens

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung für die Abwasserbeseitigung und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben gemäß § 107 Abs 2 GO NRW geführt.

Der Betrieb wurde zum 1. Januar 1997 durch Ausgliederung des Amtes für Stadtentwässerung und Wasserbau aus dem allgemeinen städtischen Haushalt gebildet.

Oberstes Organ des Betriebes ist der Rat der Stadt Siegen (Zuständigkeit gemäß GO NRW, § 4 EigVO NRW und § 5 der Betriebssatzung).

Aufgrund der Betriebsgröße wird keine nennenswerte eigene Forschung und Entwicklung betrieben; mit der Universität Siegen werden sporadisch Forschungsprojekte abgewickelt.

Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht. Durch die Bildung von Gebührenausschleichsverbindlichkeiten und die Verrechnungen von Kostenunterdeckungen aus Vorjahren ist dem Rechnung getragen. Mehrerlöse und Kosteneinsparungen fließen den Gebührenzählern durch die Gebührenausschleiche in späteren Jahren wieder zu.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf des ESi hat die Erwartungen übertroffen. Der Überschuss des Wirtschaftsjahres 2021 beträgt 2.552.286,62 €.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Im Wirtschaftsjahr 2021 wurden 14.484 T€ für Investitionen aufgewendet, im Wirtschaftsplan des Jahres war eine Investitionssumme von 19.157 T€ geplant, was eine Plan-Ist-Abweichung von 4.673 T€ ergibt. Diese Abweichung ist im Wesentlichen durch geringere Investitionen im Kanalbereich bedingt. Weitere Angaben zu Investitionen und Anlagen im Bau können dem Anhang entnommen werden.

Die Nettodarlehensaufnahme bei Kreditinstituten (abzüglich Tilgungen) fiel im Wirtschaftsjahr mit 6.153 T€ statt der geplanten 7.174 T€ entsprechend niedriger aus.

Zentraler finanzieller Leistungsindikator ist die Eigenkapitalquote.

Das Eigenkapital stieg in 2021 durch erhaltene Kapitalzuschüsse und den Jahresüberschuss um insgesamt 2.652 T€. Die Eigenkapitalausstattung wird mit einer Eigenkapitalquote von 47,7 % (Vorjahr 47,7 %) als ausreichend angesehen.

Auf der folgenden Seite werden die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung 2021 dem Erfolgsplan 2021 gegenübergestellt. Das im Vergleich zum Wirtschaftsplan abweichende Ergebnis vor Gebührenausgleichsverbindlichkeiten resultiert hauptsächlich aus den folgenden Veränderungen:

Die Sonstigen betrieblichen Erträge sind um ca. 326 T€ höher ausgefallen als geplant, da insbesondere Erträge aus Schadenersatzleistungen erzielt wurden.

Die Materialaufwendungen und bezogenen Leistungen fielen durch niedrigere Unterhaltungsaufwendungen um 573 T€ niedriger aus als geplant.

Die Personalaufwendungen sind im Wirtschaftsjahr um 311 T€ niedriger ausgefallen als geplant, da Mitarbeiterabgänge nicht sofort wieder besetzt werden konnten.

Die Abschreibungen sind im Wirtschaftsjahr um 259 T€ niedriger ausgefallen als geplant.

<u>Ertragslage 2021</u>	GuV	Wirtschaftsplan	Änderung Gewinn
	T€	T€	T€
<u>Erträge</u>			
Schmutzwassergebühr	11.541	11.040	501
Straßenentwässerungsanteil	3.342	3.342	0
Niederschlagswassergebühr	6.506	6.490	16
Sonstige Erlöse	2.691	2.644	47
	24.080	23.516	564
Gebührenausgleichsverbindlichkeit			
Verbrauch (Entnahme)			
Schmutzwasser	1121	1121	0
Niederschlagswasser	452	452	0
Zuführung			
Schmutzwasser	-164	0	-164
Niederschlagswasser	-477	0	-477
Umsatzerlöse	25.012	25.089	-77
Aktivierte Eigenleistungen	861	960	-99
Sonstige betriebliche Erträge	457	131	327
	26.330	26.180	150
<u>Aufwendungen</u>			
Materialaufwand, bezogene Leistungen	-5.106	-5.679	573
Personalaufwand	-5.205	-5.516	311
Abschreibungen	-9.952	-10.210	259
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.832	-1.811	-21
	-22.094	-23.216	1.122
Finanzergebnis			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.684	-1.754	70
Abschr. a. Finanzanlagen, verb. Untern.	-8	-10	2
Zinsen und ähnliche Erträge	8	0	8
	-1.684	-1.764	80
	-23.778	-24.980	1.202
Jahresergebnis	2.552	1.200	1.352

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognose

In unserer Ergebnis- und Finanzplanung sind für das Wirtschaftsjahr 2022 ein Jahresüberschuss von 1.544 T€ und mittelfristig für die Wirtschaftsjahre 2023 bis 2026 jeweils positive Jahresergebnisse von durchschnittlich 1.260 T€ veranschlagt. Die jährlichen Investitionen belaufen sich auf einen Betrag von ca. 22,3 Mio. € im Jahr 2022, ca. 19,4 Mio. € im Jahr 2023, ca. 17,9 Mio. € im Jahr 2024, ca. 17,4 Mio. € im Jahr 2025 und ca. 13,5 Mio. € im Jahr 2026. Die planmäßigen Darlehenstilgungen liegen jährlich zwischen 4,5 Mio. € und 5,0 Mio. € und die Darlehensaufnahmen sind zwischen 14,2 Mio. € und 4,4 Mio. € jährlich veranschlagt.

Aufgrund der Planung für 2022 wird sich eine Veränderung der Eigenkapitalquote von 47,7 % auf 46,1% ergeben, wesentlich bedingt durch die temporär erhöhten Investitionen denen geringere Abschreibungen entgegen stehen bei nahezu gleichbleibenden Gewinnen.

2. Chancen und Risiken

Die in 2021 anhaltenden Auswirkungen der weltweiten Finanzmarktkrise berührt ESi hauptsächlich durch die sich abschwächende Niedrigzinsphase. Hieraus ergeben sich weiterhin durch Tilgungen älterer und höher verzinsten Darlehen und die Neuaufnahme neuer niedrig verzinsten Darlehen die Chance weiter sinkender Zinsbelastungen. Die steigende Inflation birgt das Risiko steigender Zinsen und damit steigender Kapitalbeschaffungskosten.

Durch ausreichende regelmäßige Investitionen in das Kanalnetz und die Kläranlagen sowie eine vorausschauende Unterhaltung der Anlagen bietet sich die Chance, die Abwasserabgabe dauerhaft niedrig zu halten und größere Einmalinvestitionen zu vermeiden. Risiken können in diesem Bereich aus neuen gesetzlichen Vorgaben erwachsen, die kurzfristig größere Investitionen erfordern können.

Die Krise auf den Beschaffungsmärkten, insbesondere Energie-, Chemie- und Baustoffmärkten birgt das Risiko dauerhaft erhöhter Beschaffungs- und Baukosten.

Die Klärschlamm-trocknungsanlage konnte im Wirtschaftsjahr stabil betrieben werden, insofern konnte das Betriebsrisiko der Anlage deutlich reduziert werden. Im Wirtschaftsjahr wurde die Anlagengenehmigung ins wasserrechtliche Regime und damit in den hoheitlichen Bereich des Betriebes überführt. Mit einer Nachbarkommune wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen. Durch die vertragliche Vereinbarung über die Übernahme der Klärschlämme aus der Nachbarkommune besteht die Chance die Anlage ab dem Folgejahr nahezu auszulasten. Es ergeben sich daher voraussichtlich weder Gewinne noch Verluste, da lediglich die Kosten geteilt werden. Insbesondere im volatilen Markt der Klärschlammverwertung ergibt sich durch geringere Transportwege und -mengen die Möglichkeit dauerhaft Kosten einzusparen und auch zu verstetigen.

Die Liquidität des Betriebes war zu jeder Zeit ausreichend. Wenn vereinbart, wurden die Eingangsrechnungen weitgehend unter Abzug von Skonto beglichen. Zum Ausgleich von Liquiditätslücken wurden Kassenkredite beschafft. Kurzfristige Liquiditätsüberschüsse wurden nicht mehr angelegt, da im kurzfristigen Bereich keine Zinserträge zu generieren waren.

Da es sich bei ESi um einen öffentlichen Betrieb handelt, gilt für die gesamte Belegschaft der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) bzw. für die eingesetzten Beamten das Landesbeamtengesetz und die Landesbesoldungsordnung.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wird regelmäßig eine Prüfung des Betriebes nach § 53 HGrG durchgeführt. Im Rahmen der Prüfung des Vorjahresabschlusses wurden keine Anmerkungen oder Empfehlungen ausgesprochen bzw. im Prüfungsbericht aufgeführt.

Siegen, den 31. März 2022



Stephan Roth
Technischer Betriebsleiter



Christof Quandt
Kaufmännischer Betriebsleiter

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagensersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagensersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.